

Bernward Boden  
Polizeichefmeister  
Privatanschrift:  
Eugen-Sänger-Straße 18  
5000 Köln 60  
Tel. 0221/5994489

Köln, Düsseldorf, den 27.1.1990

MMZ 10 / 3299

Herrn  
Präsidenten des Landtages  
Postfach

4000 Düsseldorf



Betr.: Änderung des Polizeirechts vor wenigen Tagen  
hier: Persönliche Meinungsäußerung und  
Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft Krit.  
Polizistinnen und Polizisten

Sehr geehrter Herr Denzer,  
sehr geehrte Damen und Herren des Landtages,

mit beiliegenden Kopien übermittle auch ich Ihnen o.a. Stellungnahmen. Abgesehen davon, daß ich gerne bereit wäre, Ihnen die Bedenken aus praktischer Sicht noch einmal vorzutragen, teile ich Ihnen umso mehr mein tiefes Bedauern mit, daß der Landtag mit großer Mehrheit der Polizei ein Gesetz geschenkt hat, daß für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes eines Tages womöglich noch erhebliche Nachteile haben wird.

Die mangelnde Bereitschaft zur öffentlichen Diskussion innerhalb der Polizei, aber auch die offenbar gezielt angestrebte Nicht-Information über die Medien und selbst die nach dem Gesetz weitgehend schweigende Zur-Kennntnisnahme bei gleichzeitiger Ablenkungsstrategie vor allem aus der CDU-Bundesregierungspartei in der NRW-Opposition erweckt bei wirklich abwägend-kritischen Menschen den Eindruck, als gebe es eine Art Volksfront gegen das bislang geltende Verfassungsrecht.

Die de-fakto-Einführung eines Staatsschutzapparates auf "legalisierter Basis" ist allein deshalb noch nicht verfassungskonform, weil die Mehrheit es so beschlossen hat.

Ich bitte die kritischen Kräfte in den im Landtag vertretenen Fraktionen um Kenntnisnahme. Freunlichen Gruß

*Boden*

/Boden

Bernward Boden, POM  
ZPD NRW -SG 33.2/33.3-  
Völklinger Straße 49  
Tel. NSt. -2423

Düsseldorf, 27.1.1990

2

Innenminister NRW  
auf dem Dienstwege  
über

MMZ10 / 3299

Leiter ZPD NRW  
auf dem Dienstwege

Roßstraße 135  
4000 Düsseldorf

Betr.: Berufliches Selbstverständnis/Ethik/rechtsstaatliche  
Rolle der Polizei im demokratischen Verfassungsstaat

Sehr geehrter Herr Dr. Schnoor,  
sehr geehrter Herr Lehmann,

der Beschluß des Landesparlamentes, die bislang ohne Rechtsgrundlage  
offenbar praktizierte Praxis nachrichtendienstlicher Ermittlungsmethoden der Polizeien des Bundes und der Länder, ein "Gesetz zur Fortentwicklung des Datenschutzes in der Polizei GFDPol NW" zu beschließen kam nicht nur für politisch interessierte PolizeibeamtInnen überraschend schnell.

Mit beiliegender Meinungsäußerung der NRW-Landesgruppe in der Bundesarbeitsgemeinschaft Kritischer Polizistinnen und Polizisten informiere ich Sie persönlich auch über meine Meinung.

Bezüglich meines beruflichen Selbstverständnisses und das der mit mir befreundeten Kolleginnen und Kollegen drücke ich mein ausdrückliches Bedauern aus, daß innerhalb der Einrichtungen und Behörden die notwendige Diskussion über die politisch offenbar mehrheitlich so gewollte Rollenänderung der Polizei nicht geführt wird und auch von uns nicht offen geführt werden darf.

Ich teile Ihnen mit, daß ich diesen Beruf nur deshalb noch ausüben kann, weil ich a) nicht selbst an geheimdienstlichen Operationen beteiligt bin und b) wir noch in einem demokratisch-theoretisch verfaßten Staat leben. Ich mache Sie aber darauf aufmerksam, daß Instrumente geschaffen wurden, die von Extremisten leicht mißbraucht werden können.

Hochachtungsvoll *Bernward Boden* Boden, POM



3

# Bundesarbeitsgemeinschaft Kritischer Polizistinnen und Polizisten (Hamburger Signal)e.V.

Landesgruppe Nordrhein-Westfalen

Bernward Boden

MMZ10 / 3299

Eugen-Sänger-Str. 18, 5000 Köln 60  
Telefon 0221-5994489

27. 1. 1990

Kritische Polizistinnen und Polizisten in Nordrhein-Westfalen  
fordern Abschaffung des Staatssicherheitsdienstes auch in der  
Bundesrepublik

Zusammenarbeit von geheim operierenden Geheimdiensten mit der Polizei, verdeckte Ermittler, erleichterte Möglichkeiten zur Sammlung von Daten über nahezu jedermann zur sogenannten vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten sowie Einsatz von geheimdienstlichen Arbeitsweisen der Polizei in allen Bereichen der Polizei des Bundes und der Länder stellen seit wenigen Wochen auch in Nordrhein-Westfalen die "legalisierte Realität" dar.

Die Verabschiedung des GFDPol NRW (Gesetz zur Fortentwicklung des Datenschutzes in der Polizei) in der vergangenen Woche durch die Stimmen von SPD und F.D.P. ist in Wirklichkeit die Vervollkommnung des von der CDU-F.D.P.-Regierung bereits durch verschiedene gesetzliche Regelungen vorbereiteten Einstiegs in den Staatsschutz-Apparat. Die legalisierte Form einer "geheimen-Staatssicherheits-Polizei (GE-STASI-POL)". Dies sagen wir kritischen PolizistInnen in NRW im Wissen um die mögliche heftige Gegen-Kritik aus bestimmten polizeilichen Kreisen.

Auf der Stuttgarter Bundes-Arbeitstagung unserer Vereinigung sind wir zu dem Schluß gekommen, daß auch in Anbetracht der mangelnden parlamentarischen Kontrollierbarkeit der Geheim-Operationen von Polizei und Nachrichtendiensten (vgl. Jahn, SPD MdB am 26.1.90 in Bonn) die Abschaffung des politischen Strafrechtes und die Abschaffung der Staatsschutzdienststellen zwingend erforderlich sind. Solche geheimdienstlich operierenden Staatssicherheitsdiener suchen förmlich nach Verdachten und betrachten den Bürger als potentiell politisches Sicherheitsrisiko.

Aktiver Verfassungsschutz wäre demokratisches und bewußtes Wahrnehmen des derzeitigen staatlichen Handelns.

Die Gesinnung von Extremisten läßt sich nicht durch Polizei, sondern nur durch Diskussion verändern. Daran glaubt die Demokratie.

AV